

Définitif

Fondation Jean Monnet pour l'Europe

Interview mit Herrn Wolfgang Ernst

am 6. November 1984 in Bad Honnef

Interviewer: Dr. Hanns Jürgen Küsters

Abschrift der Tonbandaufzeichnung

Revidierte Fassung

Dr. K.: "Zunächst recht herzlichen Dank für Ihre Bereitschaft, mich als Beauftragten der Fondation Jean Monnet zu einem Gespräch über das politische Wirken Jean Monnets zu empfangen. Da Sie ein langer Mitstreiter der europäischen Integration sind und Monnet in der Frühzeit kennengelernt haben, würde ich vorschlagen, daß Sie zunächst einiges zu Ihrem Werdegang sagen und dann über Ihre Eindrücke während des ersten persönlichen Zusammentreffens mit Jean Monnet berichten."

W. E.: "Ich darf also vorwegschicken, in welchen Zusammenhängen und auf welchem eigenen Lebenshintergrund ich im Jahre 1952 die erste Begegnung mit Monnet hatte, die mein weiteres Leben bestimmte.

Ich stamme in der dritten Generation aus einer Familie preußischer Beamter. Mein Vater war in der Weimarer Republik Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium. Als Leiter der Zollabteilung war er nicht nur Chef der Zollverwaltung, sondern beeinflusste auch weitgehend die Handelspolitik im Zusammenwirken mit seinen Kollegen der anderen Ressorts, mit denen er den sogenannten handelspolitischen Ausschuß (HPA) gründete. Ich bin also im Schatten der damaligen liberalen, auf die Meistbegünstigung gegründeten Handelspolitik und in der Tradition des Deutschen Zollvereins aufgewachsen, konnte mich aber nach manchen kriegsbedingten Umwegen auf diesem Arbeitsfeld erst wieder betätigen, als ich im Frühjahr 1952 als Leiter des handelspolitischen Referats in die Schuman-Plan-Abteilung des Bundeswirtschaftsministeriums berufen wurde. Damals war Rust Leiter dieser Abteilung, von der Groeben Unterabteilungsleiter - Ministerialdirigent -.

Nach Luxemburg wurde ich Ende Juli 1952 entsandt, um dort die 'Extrapositur', wie wir das mit einem alten zollrechtlichen Ausdruck nannten, d. h. die auswärtige Verbindungsstelle des Bundeswirtschaftsministeriums zu der künftigen Hohen Behörde für Kohle und Stahl, aufzubauen. Mit den abgelegten Büromöbeln des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard habe ich mich dort in einem Hause der Rue Royale installiert. Dieses Unternehmen ging zurück auf

meine mehrjährigen Erfahrungen mit der OECE, wo es auch eine bundesdeutsche Vertretung gab, und ich stellte mir in meiner damaligen Unerfahrenheit (denn ich hatte an den Verhandlungen des Schuman-Plans selbst nicht teilgenommen und kannte die Absichten Monnets überhaupt nicht) vor, man müßte in Luxemburg eine ähnliche Vertretung aufbauen. Ich wurde dorthin entsandt als Vortrupp, auch zur Vorbereitung der administrativen Dinge.

Meine erste Begegnung mit Jean Monnet geht auf diese Funktion zurück; eines Sonntags morgens rief mich Franz Etzel an, der als Vizepräsident der Hohen Behörde vorgesehen war, und bat um die Zurverfügungstellung eines Dolmetschers für eine Begegnung, die er bei einem Mittagessen mit Jean Monnet in Bad Mondorf hatte; das wird in den ersten Augusttagen des Jahres 1952 gewesen sein. Wir hatten einen Dolmetscherstab mitgebracht, wir hatten Vorbereitungen getroffen in Besprechungen mit der Luxemburger Regierung, u. a. mit Christian Calmes, der später Generalsekretär des Ministerrats wurde, und anderen Mitgliedern des luxemburgischen Auswärtigen Amtes. Ich konnte an jenem Sonntagmorgen aber nur den Leiter des Übersetzungsstabes erreichen, leider keinen Dolmetscher. Dieser Übersetzer des Auswärtigen Amtes machte mich mit dem fundamentalen Unterschied der beiden Tätigkeiten vertraut und weigerte sich dann standhaft, auch nach einer Probe, die wir gemeinsam durchspielten, die Rolle des Dolmetschers zu übernehmen. Da es mir unmöglich war, einen Dolmetscher für diese Zusammenkunft zu beschaffen, erklärte ich mich bereit, selbst mein Haupt hinzuhalten; ich tat das mit schlechtem Gewissen, weil mein Französisch damals in den allerersten Anfängen war.

Ich begleitete also Herrn Etzel nach Bad Mondorf in einer angemessenen Funktion als Dolmetscher. Ich hatte bei diesem Abenteuer außerordentliches Glück; denn die Unterhaltung bei Tisch fand auf englisch statt, das Monnet meisterlich beherrschte (auf deutsch kannte er wohl nur das Wort "Schrott", das ihn offensichtlich amüsierte); während Etzel für Englisch wie für Französisch einen Dolmetscher benötigte. Dritter im Bunde war der erste, noch inoffi-

zielle Vertreter der amerikanischen Regierung, Tomlinson, ein junger, äußerst aktiver Mann, der sehr viel zur Verwirklichung des Schuman-Plans beigetragen hat.

Nach dem Essen kam Monnet auf mich zu und bedankte sich; er sprach mit feiner, leiser Stimme und sagte, mit leichter Ironie, ich hätte wohl kein einziges seiner Worte wirklich übersetzt, aber den Inhalt erfaßt und richtig wiedergegeben. Und dann fragte er mich zu meiner ungeheuren Überraschung, ob ich wohl Lust hätte, in sein Kabinett einzutreten. Ich erbat mir Bedenkzeit.

Unter einem französischen Kabinett konnte ich mir damals nicht viel vorstellen. In Deutschland kannte man nur das Ministerbüro mit seinen persönlichen Referenten, jungen alerten Herren, die dem Minister politisch nahestanden, sein Tagesprogramm vorbereiteten, seine persönliche Korrespondenz erledigten, ihn auf Reisen begleiteten und ihm die Akten nachtrugen. Ich wußte nichts von der mir auch heute noch suspekten Möglichkeit des 'cabinet', die Hierarchie zu unterlaufen und in die Entscheidungen der Verwaltung einzugreifen, und hatte wenig Lust, nach den verlorenen Kriegs- und Nachkriegsjahren kurz vor der Beförderung zum Ministerialrat persönlicher Referent zu werden. Kurz, ich wollte der Sache dienen und nicht einer Person, und sei es auch dem Präsidenten selber.

Es gab freilich auch noch einen anderen Grund, der mich zögern ließ und über den ich erst heute sprechen mag, nachdem meine Bewunderung für Jean Monnet ein Menschenalter überdauert hat: Ich hatte Angst; Angst, mich einem mir unbekannten, zweifellos außergewöhnlichen Menschen auszuliefern, zu unterwerfen.

Es ist nicht zu viel gesagt, daß ich mich auf den ersten Blick in seinen Bann gezogen fühlte, noch ehe er mit mir sprach. Die Begegnung vor dem Essen im Park des Bades Mondorf werde ich nie vergessen. Wir waren etwas zu früh gekommen und mußten ein wenig warten. Plötzlich kam ein kleingewachsener, drahtiger Mann im Rollkragenpullover mit zwei Begleitern (ich denke Kohnstamm und van Belmont) den Gartenweg auf uns zu, offenbar von einem größeren

Spaziergang, schnellen, elastischen Schritts und doch irgendwie in sich ruhend, gelassen, äußerlich einem Bauern ähnlicher als einem Bourgeois oder gar einem 'Manager'. Er schüttelte Etzel jovial die Hand, dann mir. Ein Blick in diese Augen genügte: Augen mit einer durchdringenden Ausstrahlung, überredend, unbeugsam, herrisch, in den Bann ziehend, hypnotisch; Augen eines freien Menschen, eines Genies vielleicht, aber auch eines Menschenfängers. Ich war schon früher im Leben solchen Augen begegnet, die keinen Widerspruch duldeten, und war vor ihnen zurückgeschreckt. Was wußte ich von den wirklichen Zielen dieses großen Mannes? So sehr ich auch davon überzeugt war, daß für Deutschland in seiner Erniedrigung Europa die einzige Chance war, wie konnte ich beurteilen, ob die westeuropäischen Siegermächte die Sache nicht ein wenig anders sahen und besonders unsere französischen Nachbarn in erster Linie den westlichen Teil Deutschlands auf Dauer einbinden und damit die deutsche Teilung verewigen wollten.

Dr. K.: "Wie würden Sie denn, wenn ich Sie da vielleicht einmal einhalten darf, die politische Konzeption Monnets umschreiben? Welches Europa stellte sich Monnet wirklich vor?"

W. E.: "Ich bin vielleicht zu weitschweifig, aber ich möchte doch, ehe ich auf Ihre Frage eingehe, noch etwas über meinen persönlichen Blickwinkel sagen:

Nach einigen Vorgesprächen mit Max Kohnstamm, der einer der engsten Berater Monnets und zum Sekretär der Hohen Behörde ausersehen war, wurde mir das Amt des stellvertretenden Sekretärs übertragen. Während Kohnstamm sich die persönlichen Kontakte mit Monnet und den anderen Mitgliedern, d. h. die eigentlich politischen Aufgaben vorbehielt, überließ man mir die Sorge für das technische Laufwerk, insbesondere die Mitarbeit am Aufbau der Verwaltung, sowie die Protokollführung in den Sitzungen der Hohen Behörde. In dieser letztgenannten Funktion, die ich für alle Sitzungen bis zu der 250^{ten} ausübte, lernte ich die Arbeitsweise der Hohen Behörde unter der Präsidentschaft Monnets und seine persönliche Denkweise und Methode,

wenn auch nur als aufmerksam beobachtender Zuschauer, aus nächster Nähe kennen. Meine übrige Arbeit, von der Postdurchsicht bis zu Organisationsfragen und der Auswahl der Beamten, eine Fülle von oft lästigem Kleinkram, brachte mir nicht nur enge Kontakte und dauerhafte Freundschaften mit meinen Kollegen aller Nationalitäten in der entstehenden europäischen Verwaltung ein, sondern auch ebenso dauerhafte Feindschaften, weil ich es nicht jedermann recht machen konnte, obwohl oder vielleicht auch weil ich mich bemühte - und dazu stehe ich auch heute noch -, mein europäisches Amt ohne Bevorzugung meiner Landsleute oder anderer Nationen mit ebenso strikter Objektivität und Gerechtigkeit zu verwalten, wie etwa ein Beamter der bundesdeutschen Verwaltung selbstverständlich das gesamtdeutsche Interesse und nicht nur die Anliegen seiner Heimatregion zu vertreten hat. Gewiß war dies schon eine erste Auswirkung des Geistes von Monnet, der von vornherein seinen Mitarbeitern eine europäische Loyalität, einen europäischen Geist einzuflößen verstand. - Sie wollten nun aber Wichtigeres wissen."

Dr. K.: "Welche Charakteristika zeichneten Jean Monnet als Chef der Hohen Behörde aus? Wie war das Klima in der Hohen Behörde? Wenn Sie an 250 Sitzungen teilgenommen haben, dann wissen Sie ja auch, in welcher Atmosphäre die Sitzungen abliefen. Hatte Monnet das Geschehen in der Hand, ließ er mehr diskutieren oder wie war sein Habitus?"

W. E.: "Ich meine schon, daß diese Erfahrung in der Hohen Behörde außerordentlich ungewöhnlich war. Das kam von der großen Eigenwilligkeit dieses Genies, das Jean Monnet war. Es kam von seinem ganz persönlichen Stil. Er hatte eine unbedingte Autorität, daneben aber eine Großzügigkeit und Langmut in der Diskussion, die teilweise bis an die Grenze des Chaotischen ging, besonders wenn die regelmäßig in der Sitzung anwesenden Spitzen der Hauptabteilungen das Wort an sich rissen und den Mitgliedern oder sich gegenseitig widersprachen. Monnet wollte - ich weiß nicht, ob das eine Erinnerung an seine chinesische Zeit war, ich habe das

später nur in Japan kennengelernt - a tout prix den Konsens; er hätte abstimmen lassen können, der Vertrag gab ihm die Möglichkeit, Entscheidungen mit einfacher Mehrheit in der Hohen Behörde herbeizuführen - das war ja einer der großen Neuheiten dieses europäischen Aufbaus -; aber er tat es nie. Ich weiß nicht, ob in den 250 Sitzungen unter seiner Leitung überhaupt ein- oder zweimal, vielleicht in der Endphase der Diskussion eine Art von Abstimmung stattfand, indem sich ein Mitglied oder vielleicht zwei der Mitglieder der Stimme enthielten. Aber er führte die Sitzungen so durch, von morgens 9.00 Uhr normalerweise, und dies nicht - wie später - einmal die Woche, sondern fast täglich in der ersten Zeit, daß sie nie aufhörten, ehe man sich einig war. Das hieß, daß man mit 12 Stunden mühelos rechnen durfte. Er übte dabei natürlich auch einen gewissen Druck der Ermüdung aus. Er verstand sich sehr wohl auf taktische Dinge, er führte aber vor allen Dingen einen sokratischen Dialog. Er suchte zu verstehen und die anderen dazu zu bringen, sich gegenseitig zu verstehen, nicht nur ihre Position, sondern auch die Erklärung, warum diese oder jene Nation, dieses oder jenes Land diese Traditionen hatte. Das mußte bis zum Allerletzten herausgearbeitet werden, um dann nachher daraus einen Kompromiß zu finden, der diesen verschiedenen Wünschen, Traditionen so gut wie möglich Rechnung trug, aber gleichzeitig auch das Ziel erreichte, das Monnet sich gesteckt hatte. Ich glaube, er war absolut dominierend in der Zielsetzung, unglaublich lässig hingegen in der Führung der Diskussion. Wenn 12 Stunden vorbei waren, verließ er die Sitzung, um sich einige Stunden in sein Zimmer zurückzuziehen. Man sagte, 'er rolle sich in seinen Teppich', er ruhte sich etwas aus. Die anderen Mitglieder setzten die Diskussion fort oder zogen sich zu Beratungen zurück. Es gab dann natürlich gegen Abend auch etwas zu essen, vor Mitternacht vielleicht Brötchen, dazu Bier, was gerade noch zu erreichen war. Meine längste Sitzung hat von 9.00 Uhr früh bis zum nächsten Morgen 7.00 Uhr gedauert. Dies zum Atmosphärischen."

Dr. K.: "Auf welche Personen konnte sich Monnet bei der Durchsetzung seiner Politik in der Hohen Behörde verlassen?"

W. E.: "Die Hohe Behörde hatte einen zweistufigen Aufbau. Zum einen gab es die Politiker-Mitglieder der Hohen Behörde, einige von ihnen Vizepräsidenten - das machte keinen wesentlichen Unterschied - und zum anderen die Beamten. In erster Linie war Monnet natürlich auf die Zusammenarbeit mit seinen Kollgen, den anderen Mitgliedern der Hohen Behörde, angewiesen; er brauchte ihre Stimme für die Entscheidungen des Kollegiums. Die Zusammensetzung der ersten Hohen Behörde kann ich hier als bekannt voraussetzen; sie spiegelten sowohl die nationale Politik der 6 Mitgliedsstaaten als die Interessen der beteiligten Industrien und Gewerkschaften wider. Je nach Lage des Falles bereitete Monnet die Entscheidungen in Einzelgesprächen vor, besonders intensiv natürlich mit denjenigen, deren Interessen hauptsächlich betroffen waren oder die er zu seiner Auffassung erst noch bekehren zu müssen glaubte. Oft wurden die Spitzen der Verwaltung schon in dieser vorbereitenden Phase zugezogen, wenn es um schwierige technische, volkswirtschaftliche oder rechtliche Fragen ging.

Für die herausragende Persönlichkeit im Kreise der Hohen Behörde um Monnet halte ich Franz Etzel, dem ich auch persönlich Verehrung und Dankbarkeit schulde. Sicher war er einigen seiner Kollegen unterlegen an Brillanz der Intelligenz und an Schnelligkeit der Perzeption, auch fehlten ihm diplomatische Routine und Sprachkenntnisse, und das waren schwerwiegende Hindernisse, wenn alle Gespräche in Sitzungen wie sogar am Téléfon durch Dolmetscher (seien sie auch noch so hervorragende) geführt werden mußten; aber er glich diese Mängel mehr als aus durch ein großes Stehvermögen, das noch durch seine Figur Nachdruck erhielt, und das in unerwarteter Weise gekoppelt war mit feinstem Gespür für die politische Konstellation und einem klaren Gefühl für das Wesentliche. Seine ehrliche Bereitschaft zum Ausgleich der Interessen und zu tragbaren

Kompromissen erweckten allseitig Vertrauen und machten ihn zu dem zweiten tragenden Pfeiler einer konstruktiven und weitsichtigen europäischen Politik in dem Kollegium. Sein politisches Gewicht als Repräsentant des für die Montan-Wirtschaft bedeutendsten Mitgliedstaates wurde noch verstärkt durch seine bekannt enge Verbindung zu Konrad Adenauer, als dessen Erbe er damals gelten konnte. Sein früher Tod war zum Schaden der deutschen und der europäischen Politik, für die er sich verzehrt hatte."

Dr. K.: "Wie schätzen Sie die persönliche Beziehung zwischen Monnet und Etzel ein?"

W. E.: "Ich glaube, es war eine Beziehung großen gegenseitigen Vertrauens, in voller Kenntnis der beiderseitigen Stärken und Schwächen zwar, aber auf der Grundlage von im wesentlichen übereinstimmenden Überzeugungen ein festes Bündnis zur Erreichung eines großen gemeinsamen Ziels. Monnet, der Visionär, konnte in Etzel den zwar nüchternen, aber absolut zuverlässigen Vertreter einer bundesdeutschen Politik sehen, die bereit war, ein gleichberechtigtes Deutschland in den Rahmen europäischer Institutionen und Verfahrenszwänge einzubinden, um den Frieden in Europa, das Weiterleben einer freiheitlichen westlichen Gesellschaftsordnung und die gemeinsamen Grundlagen der europäischen Kultur dauerhaft zu sichern, auch wenn dies bedeuten sollte, die Hoffnung auf die deutsche Wiedervereinigung als zur Zeit unrealistisch zurückzustellen und die deutsche Rolle im atlantischen Rahmen nicht als Nationalstaat, sondern im europäischen Verbunde zu spielen. Die beiden Zweige der letztgenannten Alternative standen bekanntlich damals für die Namen Franz Etzel und Ludwig Erhard.

Umgekehrt war für Etzel Monnet ein Gesprächspartner, auf den sich diese Politik bauen ließ. Natürlich war Etzel bekannt, daß der Schöpfer des französischen 'Plan' ein wirtschaftspolitisches Konzept vertrat, das die Bundesrepublik gerade mit Mut zum Risiko erfolgreich abgestreift hatte. Ebenso wenig konnte Etzel übersehen, daß Monnet auch im übrigen in seine nationale Tradition und

Umgebung eingebunden war und auf die französische Politik in weitem Maße Rücksicht nehmen mußte. Andererseits war Monnet ein freier Geist von unkonventionellem Denken und dank seiner unwahrscheinlichen Überzeugungskraft ein großer Beweger, der wie nur einer überlebte Vorurteile umstoßen und den Weg zur Überwindung der leidigen deutsch-französischen Feindschaft und zu einem Neubeginn in Europa öffnen konnte. Daß der Einfluß auf die Regierungspolitik des 'Inspirateur', wie de Gaulle ihn nannte, mit der Machtübernahme des Generals zu Ende gehen würde, konnte damals niemand voraussehen. Unter der Präsidentschaft Monnets war der Ausgleich und das Bündnis mit Etzel die feste Basis, so fest, daß dies gelegentlich offene Kritik anderer Mitglieder hervorrief. In einer Sitzung, entsinne ich mich, wurde diese von dem Jüngsten im Bunde, dem brillanten Holländer Dirk Spierenburg, der gerne das enfant terrible spielte, sehr scharf formuliert: 'So ist das doch wohl nicht gedacht, daß Franzosen und Deutsche, wenn sie erst einig sind, hier alles bestimmen können.' Er mußte sich von seinem Landsmann Max Kohnstamm darauf hinweisen lassen, daß immerhin der deutsch-französische Ausgleich auch für die kleineren Länder gewisse Vorzüge gegenüber einer kriegerischen Auseinandersetzung hätte.

Über das Verhältnis Monnets zu den übrigen Mitgliedern der Hohen Behörde brauche ich hier nicht im einzelnen zu spekulieren; es war durchgehend sehr gut, die Atmosphäre überwiegend sachlich, freundschaftlich. Die meisten der anderen waren mehr am Gelingen des Unternehmens im Ganzen interessiert, an Einzelfragen nur, soweit sie ihrem persönlichen Erfahrungs- und Wirkungskreis nahestanden. Einigen hatte man wohl auch Schuhe angepaßt, die mehrere Nummern zu groß waren; sie hielten sich in der Diskussion sehr zurück, wohl in der Erkenntnis, daß sie auf die Entscheidung keinen Einfluß nehmen konnten."

Dr. K.: "Welches Verhältnis hatte Monnet zu seinen Mitarbeitern? Auf wen konnte er sich innerhalb des Apparates insbesondere stützen?"

W. E.: "Man muß sich vergegenwärtigen, daß von Anfang an neben den Beamten, die in dem politischen Überbau der Kabinette der neuen Mitglieder dienten, eine der ganzen Hohen Behörde verantwortliche Verwaltung vorgesehen war. Diese war in ein knappes Dutzend von Hauptabteilungen gegliedert, deren Aufgabenbereich entsprechend dem nationalen Ministerien so weit gefächert war, daß der Eindruck entstehen konnte, hier werde nicht eine Kohle- und Stahlbehörde, sondern eine europäische Regierung der Wirtschaftspolitik präfiguriert. So gab es unter anderem das Sekretariat der Hohen Behörde unter Max Kohnstamm, die Verwaltungsabteilung unter Balladore/Pallieri (der auch der zahlenmäßig gewaltige Dolmetscher- und Übersetzungsdienst der viersprachigen Behörde angegliedert war), die volkswirtschaftliche Abteilung unter Uri und Regul, die Abteilung für den Kohle- und Stahlmarkt unter der gemeinsamen Leitung von Dehnen, Rollmann und Vinck, die Rechtsabteilung unter Gaudet und Krawilicki, die Kartellabteilung unter Hamburger, die Abteilung für Finanzen und Investitionen unter Guyot, später Delouvrier, die Verkehrsabteilung unter Klaer, die Sozialabteilung, bald auch eine Abteilung für Auswärtige Beziehungen unter Giretti, und so weiter.

In unübersehbarem Gegensatz zu diesem weit gefaßten Rahmen stand freilich die von Monnet erhobene Forderung, die Verwaltung auf 200 Personen zu begrenzen, vom Präsidenten bis zum Fahrer, alle eingeschlossen. Mit der ihm eigenen Zähigkeit hielt er an dieser Grenze lange fest, so daß auf vielen Gebieten eine Art von 'Ein-Mann-Theater' gespielt wurde.

Monnet stützte sich also einerseits auf sein persönliches Kabinett, zu dem so hervorragende Leute wie van Helmont, Fernand Spaak (Sohn des großen Paul-Henri) und François Fontaine gehörten, andererseits auf die Leiter der verschiedenen Hauptabteilungen, die er alle aus den Vorverhandlungen kannte und persönlich ausgewählt hatte. Da diese aus sämtlichen Mitgliedstaaten kamen und den verschiedensten Wirkungskreisen wie Industrie, Gewerkschaften, Ministerialbürokratie, Wissenschaft und Politik

entstammten, repräsentierten sie einen überwiegenden Teil der nationalen Meinungsspektren, was für die Hohe Behörde lebenswichtig war, solange es europäische Beamte mit grenzübergreifender Erfahrung noch nicht gab. An dem Votum dieser leitenden Beamten kamen weder die Hohe Behörde noch Monnet vorbei, weshalb sie auch regelmäßig zu den Sitzungen der Hohen Behörde zugezogen wurden. Zum engeren Kreis der Berater Monnets, in dem auch die Linien der Politik erörtert wurden, gehörten zweifellos Max Kohnstamm und Pierre Uri, oft auch Michel Gaudet und Wagenführ."

Dr. K.: "Ging Monnet dann auch auf den Beamten als Fachmann zu? Wie sah er den Beamten in seinem Apparat?"

W. E.: "Wollte man untersuchen, was man heutzutage unter einem "Beamten" versteht, so wäre das ein weites Feld, selbst wenn man die Untersuchung auf die Länder Deutschland und Frankreich beschränken wollte. Schon innerhalb der kleinen Bundesrepublik gibt es erhebliche regionale Unterschiede, und "der französische Beamte", sollte es ihn geben, ist sicher wieder völlig anders, nicht zuletzt wegen der herausragenden Stellung der Absolventen der seit Napoleon erhaltenen hohen Beamenschulen.

Bei Monnet kann wohl weder von klaren Vorstellungen von diesen subtilen Unterschieden noch von Interesse an ihnen die Rede sein. Für ihn war vermutlich das Amt immer wichtiger als der Beamte, der seiner Meinung nach durch das Amt entstand. Er holte seine leitenden Berater aus allen Berufsschichten, auch - aber man ist versucht zu sagen: zuletzt - aus der nationalen Bürokratie. Engstirnigkeit und Routinedenken waren nicht gefragt. Was er forderte, war Fachkenntnis verbunden mit der Fähigkeit, über die Grenzen zu blicken, und vor allem *dévouement*, vollkommene Hingabe an die Sache.

Für beides je eine kurze Anekdote:

Seine Beamten waren Fachleute, die der Politik der Hohen Behörde zu dienen hatten. So unterbrach er in der Sitzung seinen Rechtsberater, der dabei war, der Hohen Behörde die rechtlichen Folgen verschiedener denkbarer Entschei-

dungen auseinanderzusetzen - Monnet: "Die Juristen sind nicht dazu da, der Hohen Behörde vorzuschreiben, wie sie zu entscheiden hat, sondern dazu, die getroffene Entscheidung rechtlich stichhaltig zu begründen."

Zum dévouement: Die erste Frage bei der Einstellung oder Beförderung von Sekretärinnen war immer: "Ist sie dévouée?" Monnets Chefsekretärin, die mit ihm und seinen Arbeitsgewohnheiten alt geworden war, flehte ihn eines Abends an: "Monsieur, ich kann nicht mehr, jeden Abend bis spät in die Nacht, wann geben Sie mir eine feste Arbeitszeit?" Monnet: "Jamais" und ging; seine Sekretärin auch, auf einen anderen Platz."

Dr. K.: "Was können Sie noch zu seinem Verständnis von Beamten sagen?"

W. E.: "Gewiß betrachtete Monnet eine europäische Beamtenschaft auch als ein wichtiges Element der europäischen Integration (genau wie die Europa-Schulen, die er für die Kinder dieser Beamten zu gründen vorschlug). Nur stand bei der Schaffung des europäischen Beamtenstatuts nicht der oft diskutierte und gelegentlich auch praktizierte Gedanke Pate, die europäischen Beamten in regelmäßigem Turnus mit ihren nationalen Kollegen auszutauschen, damit jeder einmal europäischen Geist einatmen könne. Monnet wollte keine doppelte Loyalität. Deshalb wollte er auch keine europäischen Beamten auf Zeit, sondern auf Lebenszeit; nach seiner bekannten These sollte das europäische Amt sie zu europäischen Beamten machen. Um sie von äußeren Einflüssen unabhängig zu machen, sollten sie, ohne auf eine spätere Karriere im nationalen Dienst angewiesen zu sein, ausschließlich europäischem Dienstrecht und europäischen Besoldungs- und Pensionsregeln unterstehen und ihre Ansprüche nur vor dem Europäischen Gerichtshof in Luxemburg geltend machen können. Dieses Statut gilt bekanntlich für die Beamten aller europäischen Institutionen, auch für die des Rats, die das Sekretariat für die Sitzungen der Minister und Botschafter und nicht

zuletzt für die Fachausschüsse stellen, zu denen die nach Tausenden zählenden nationalen Experten eilen. Diese bleiben an sich nationale Beamte, arbeiten aber auch am gemeinsamen europäischen Werk, ob sie nun die Kommission beraten oder die Entscheidungen des Rats vorbereiten, und werden deshalb für die Mühe ihrer Reisen seit Monnets Zeiten nicht mit den unterschiedlichen Tagegeldern der verschiedenen Regierungen, sondern nach einheitlichen europäischen Sätzen entschädigt.

Nicht vorausgesehen hat Monnet freilich, daß gleichzeitig mit dem Aufbau einer leistungsfähigen und fachkundigen europäischen Verwaltung, welche die Hohe Behörde (oder später die Kommission) instandsetzte, dem Rat detaillierte und ausgewogene Entscheidungsvorschläge zu unterbreiten, die nationale Bürokratie sich in den Ratsausschüssen als eine Art Berufungsinstanz etablieren und jedes Wort eines Kommissionspapiers wieder in Frage stellen würde. Damit

wird freilich jeder Ansatz zu europäischer Politik, die auf der Grundlage akzeptabler Kompromisse in die Zukunft weisen und Neuland betreten könnte, wieder in seine nationalen Bestandteile zerlegt. Der Rat hat - das wird oft übersehen -, nachdem er sich selbst bereits durch den rechtswidrigen Verzicht auf Mehrheitsentscheidungen entmachtete hatte, auch den Verwaltungsapparat der Kommission lahmgelegt, indem er ihn der Kontrolle durch nationale Fachbeamte unterwarf, die sich nur auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner zu einigen vermögen. Dieser Hinweis scheint mir nötig, um den fatalen Irrtum auszuschließen, die nun schon über ein Jahrzehnt schwelende Krise in einer weitgehend zum bloßen 'Glasperlenspiel' verurteilten europäischen Beamteneite hätte noch etwas mit der Vision Monnets vom europäischen Beamtentum als Integrationsfaktor gemein."

Dr. K.: "Welche Motive haben Monnet bewegt, die europäische Integration in dem Bereich der Montanunion voranzutreiben? Welche Motive standen hinter diesem Vorschlag?"

W. E.: "Seine Erfindung, ich glaube eine einmalige originelle Erfindung, war ja die Sektorintegration. Ich kann

zuletzt für die Fachausschüsse stellen, zu denen die nach Tausenden zählenden nationalen Experten eilen. Diese bleiben an sich nationale Beamte, arbeiten aber auch am gemeinsamen europäischen Werk, ob sie nun die Kommission beraten oder die Entscheidungen des Rats vorbereiten, und werden deshalb für die Mühe ihrer Reisen seit Monnets Zeiten nicht mit den unterschiedlichen Tagegeldern der verschiedenen Regierungen, sondern nach einheitlichen europäischen Sätzen entschädigt.

Nicht vorausgesehen hat Monnet freilich, daß gleichzeitig mit dem Aufbau einer leistungsfähigen und fachkundigen europäischen Verwaltung, welche die Hohe Behörde (oder später die Kommission) instandsetzte, dem Rat detaillierte und ausgewogene Entscheidungsvorschläge zu unterbreiten, die nationale Bürokratie sich in den Ratsausschüssen als eine Art Berufungsinstanz etablieren und jedes Wort eines Kommissionspapiers wieder in Frage stellen würde. Damit

wird freilich jeder Ansatz zu europäischer Politik, die auf der Grundlage akzeptabler Kompromisse in die Zukunft weisen und Neuland betreten könnte, wieder in seine nationalen Bestandteile zerlegt. Der Rat hat - das wird oft übersehen -, nachdem er sich selbst bereits durch den rechtswidrigen Verzicht auf Mehrheitsentscheidungen entmachtet hatte, auch den Verwaltungsapparat der Kommission lahmgelegt, indem er ihn der Kontrolle durch nationale Fachbeamte unterwarf, die sich nur auf dem niedrigsten gemeinsamen Nenner zu einigen vermögen. Dieser Hinweis scheint mir nötig, um den fatalen Irrtum auszuschließen, die nun schon über ein Jahrzehnt schwelende Krise in einer weitgehend zum bloßen 'Glasperlenspiel' verurteilten europäischen Beamtenelite hätte noch etwas mit der Vision Monnets vom europäischen Beamtentum als Integrationsfaktor gemein."

Dr. K.: "Welche Motive haben Monnet bewegt, die europäische Integration in dem Bereich der Montanunion voranzutreiben? Welche Motive standen hinter diesem Vorschlag?"

W. E.: "Seine Erfindung, ich glaube eine einmalige originelle Erfindung, war ja die Sektorintegration. Ich kann

mich nicht erinnern, daß es so etwas je in Europa gegeben hätte."

Dr. K.: "Es ist einmalig in der Geschichte der internationalen Beziehungen."

W. E.: "Eine wirklich großartige neue Entdeckung! Einem Mann von so großen Visionen sollte man aber keine kleinteilich technischen Absichten, eine auf einen Sektor begrenzte Zielsetzung etwa, unterstellen. Das ist heute unbestritten; damals war das natürlich für einen Neuankömmling, gerade weil es so neu war, auch fragwürdig. Aber es ist für mich kein Zweifel, auch damals schon nicht, gewesen, daß er aufs Ganze zielte. Das Ganze - die europäische Einigung. Ich meine, es gibt schon Anklänge dafür, schon vom Vertrage her."

Dr. K.: "...heißt europäischer Bundesstaat."

W. E.: "Das ist eine schwierige Frage, weil die von Monnet gewählte Methode so einmalig ist."

Wenn er aus dem Gebäude der europäischen Staaten einen lebenswichtigen Pfeiler herausbrach und versuchte, ihn auf Dauer zu einem zentralen europäischen Pfeiler zusammenzuschweißen, in einer sogenannten supranationalen Behörde, dann sollte das wohl in erster Linie verhindern, daß einer dieser Staaten jemals wieder einen europäischen Bruderkrieg anzettelte; die Furcht vor einer Wiederholung dieses zweimal erlebten Unglücks war ja damals noch unmittelbar lebendig. Und wenn man weitere starke Pfeiler wie die Verteidigung, die Atomenergie, die Landwirtschaft und so weiter danebensetzte, führte dann der Weg über eine Anzahl wesentlicher, zentral gelenkter Sektoren zu einem europäischen Bundesstaat?

Der früh gescheiterte Versuch Monnets, diesem Gebilde sui generis durch Einberufung einer europäischen Konstituante die demokratische Legitimation zu geben, liegt auf dieser Linie. Und die bis in die Zeit der Römischen Verträge von Monnet vertretene Überzeugung, die "Assemblée" der Gemeinschaft werde sich nicht nur den Namen des Parlaments, sondern auch mehr und mehr parlamentarische Kontrollbefugnisse gegenüber den Regierungen der Mitgliedsstaaten

ertrotzen können, sobald sie nur vom europäischen Volke in direkter Wahl berufen würde, weist natürlich in die Richtung der europäischen Einigung. Aber heißt das auch schon in Richtung auf einen Bundesstaat? Natürlich liegt es nahe, ein von der ganzen europäischen Bevölkerung gewähltes Parlament gedanklich als eine Art von Unterhaus einem Staatenhaus (lies: Ministerrat) gegenüberzustellen. Aber andererseits ist ein solches Parlament notwendigerweise ein zentralistisches Element, eben so war es auch zweifelsfrei die Hohe Behörde, wie ich sie erlebt habe. Natürlich kann ich nicht behaupten, daß Monnet den europäischen Bundesstaat ablehnte, sondern nur, daß er sehr eigene Vorstellungen vertrat, die nicht sicher erkennen ließen, wohin die Reise gehen sollte. Das ist auch kein Wunder, da ein europäischer Bundesstaat nicht auf dem Reißbrett entstehen konnte, sondern sich aus dem wechselnden Zusammenspiel zentripetalen und zentrifugalen Kräfte hätte ergeben müssen.

Dieses innere Zusammenspiel zwischen Hoher Behörde und Mitgliedsregierungen stand aber von Anfang an unter keinem guten Stern. Diejenigen, die auf der einen oder anderen Seite die erste Konsultation des Ministerrats mit der Hohen Behörde erlebt haben, werden dies nie vergessen. Die Minister waren alle versammelt, aber Monnet kam nicht; er ließ sie warten, ich weiß nicht mehr wie lange, stundenlang, schrecklich lange warten. Er wußte, daß es losgehen könnte, aber er konnte - oder wollte - mit dem Text seiner Rede nicht fertig werden. Er war kein Orator, wie etwa Paul-Henri Spaak; er überzeugte im kleinen Kreise. Aber in der Wortwahl seiner Texte war er penibel bis zum Äußersten, memorierte, strich und änderte noch Worte, wie er schon die Stufen der Treppe herunterging. Die Minister knirschten die Zähne und haben die Behandlung durch die 'Haute Autorité' nie vergessen.

Noch eine andere Erinnerung aus dieser Zeit drängt sich mir auf. Die Hohe Behörde verhandelte mit auswärtigen Mächten; Großbritannien und die Vereinigten Staaten hatten bei ihr Botschafter akkreditiert, bedeutende

Persönlichkeiten wie Sir Cecil Weir und Walt Butterworth; zahlreiche andere Staaten, europäische und außereuropäische, folgten. Nur diplomatische Vertretungen der Mitgliedstaaten gab es nicht bei der Hohen Behörde. Die Mitgliedstaaten gehörten ja zur Familie, waren Teil der Gemeinschaft, und die Hohe Behörde verkehrte direkt mit ihren Beamten, Industrien, Gewerkschaften und anderen Bürgern. Natürlich gab es in Luxemburg auch regelmäßige Zusammenkünfte der leitenden Regierungsbeamten, im sog. 'Cocor', mit denen der Hohen Behörde, aber 'Ständige Vertreter' der Mitgliedstaaten oder gar ihren Ausschuß als Quasi-Institution hat es erst in Brüssel gegeben, für die Hohe Behörde also erst nach der Fusion der Gemeinschaften. Monnet hätte das nie zugelassen; er duldet keine Barriere zwischen der Hohen Behörde und den Mitgliedstaaten. Erst später ist mir klar geworden, daß ich sein überraschendes Angebot, in die Hohe Behörde überzutreten, vielleicht nicht nur meiner überragenden Leistung als Dolmetscher verdanke; möglicherweise argwöhnte man, daß aus dem geplanten deutschen Verbindungsbüro in Luxemburg einmal eine Ständige Vertretung hätte werden können.

Damit komme ich noch einmal zurück auf Ihre Frage nach Monnets Konzept für die europäische Einigung und seiner Einstellung zum Föderalismus. Daß er die Nationalismen und die Nationalstaaten in Europa überwinden wollte, einschließlich des französischen, ist meine Überzeugung. Auch daß er die bloße Staatenföderation, die Allianz, als einen Irrweg ansah, ist wohl unbestritten. Bundesstaaten hatte er in den Vereinigten Staaten und der Schweiz aus eigener Anschauung kennengelernt und sicher viel über ihre Funktionsweise nachgedacht. Aber praktische Erfahrungen mit dem Bundesstaat gab es in Frankreich nicht. Während die Deutschen in Jahrhunderten gute und böse Erfahrungen dieser Staatsform sammeln konnten, bildete und verstärkte sich in Frankreich das zentralstaatliche System. Deshalb frage ich mich manchmal, ob nicht, wie fast alle Franzosen, die ich kennenlernte, vielleicht auch Monnet sich einen funktionierenden Bundesstaat nur theoretisch vorstellen konnte."

Dr. K.: "Auf föderaler Ebene?"

W. E.: "Ja, auf föderaler Ebene. Ich glaube, er hatte nicht das Vertrauen dazu, daß es eine wirklich echte zweispurige Funktionsteilung geben könnte. Wir Deutsche haben eine bundesstaatliche Tradition. Wir wissen, daß es mal in das eine oder mal in das andere Extrem zu weit ausschlagen kann, wir haben ja beides erlebt. Aber in Frankreich, in der französischen Tradition, glaube ich, ist der Bundesstaat einfach nicht als klare Vorstellung drin."

Dr. K.: "Das ist eine interessante Perspektive. Sie würden also, überspitzt formuliert, sagen, Monnet ging es eigentlich nicht um die Vereinigung der Staaten, sondern es ging ihm um die Transformation des Nationalstaates hin zu einem Europäischen Staat. Das wäre eine etwas andere Perspektive."

W. E.: "Sehr gewagt aus meiner Sicht, soweit würde ich vielleicht nicht gehen; aber ich muß immer wieder sagen, daß wir alle, Deutsche und Franzosen, in unseren ererbten Vorstellungen leben, und das, was Monnet anstrebte, im Grunde für unsere beiden Völker Neuland war."

Dr. K.: "Möchten Sie noch irgendwelche Dinge zur Person und zu seinen Arbeiten hinzufügen?"

W. E.: "Ja, ich möchte noch in Anknüpfung an das eben Gesagte zwei Dinge hervorheben, die mich oft beschäftigen: - Monnet hat mit Kohle und Stahl wichtige Sektoren der nationalen Wirtschaften integriert, und zwar in einer ziemlich dirigistischen Form - er war schließlich Anhänger einer zentralstaatlichen Planwirtschaft, der Vater des französischen 'Plan' in der Wiederaufbauphase seines Landes. Damit befand er sich im Einklang mit der französischen Tradition. Aber er hat ein Element hinzugefügt, das der deutschen Tradition entstammte, den 'Gemeinsamen Markt'. Daß er damit - für Kohle und Stahl - die nationalen Grenzen beseitigte, kam ihm sicherlich gelegen; ob er dabei aber auch die staatenbildende Kraft des deutschen Zollvereins vor Augen hatte, kann füglich bezweifelt werden. Die

Montanunion ist ja im Pariser Vertrag als Freihandelszone angelegt, und selbst in Deutschland gab es damals zwei Schulen, die der Atlantiker, welche wie Ludwig Erhard die Liberalisierung des Handels möglichst weltweit anstrebten und die der Europäer, die, aus vorwiegend politischen Gründen, die europäische Einigung als vordringliches Ziel ansahen. Wie verschieden hier die Akzente gesetzt waren, trat schon in den ersten Jahren der Hohen Behörde zutage und hat sich danach in Messina und bei der Erarbeitung der beiden Römischen Verträge gezeigt. Monnet sah bekanntlich alles Heil im Euratomvertrag und unterschätzte die integrationsfördernde Kraft der Zollunion, beeinflusst durch die französische Tradition, wie schon gesagt, und vielleicht durch den Wunsch, Großbritannien entgegenzukommen.

- Zweitens drängt es mich, zu erklären, wie ein Monnet, Visionär aber doch nicht Phantast, die Nationalstaaten so weit unterschätzen konnte, daß er vermeinte, sie überwinden und in ein geeintes Europa einbauen zu können. Für die heutige Generation, die seit den 70er Jahren - so sehr das auch dem Volk durch wunderschöne Nebelworte wie "Europäische Union" verschleiert wird - Stagnation und Niedergang dieser Idee erlebt hat, muß dieses Unterfangen unrealistisch, ja als Verrücktheit erscheinen. Damals sahen wir darin zwar einen genialen und riskanten Wurf, aber doch auch das einzige funktionsfähige Modell für die Zukunft unseres alten Erdteils in einer modernen Welt, wenn man einmal von der Eingliederung in einen Vielvölkerstaat östlicher Prägung absieht.

Allerdings konnte keiner die ungeheuren Schwierigkeiten dieses Weges übersehen, Monnet zuallerletzt. Er wußte, wie schwach und schutzbedürftig das kleine Pflänzchen der ersten europäischen Gemeinschaft noch war. Wir alle kannten das von Madame Monnet gemalte Bild eines Pierrot, der, auf dem Boden sitzend, eine winzige Blüte im Blumentopf vor sich nachdenklich betrachtet; es hing an der Wand seines Büros im ersten Stock des Eckgebäudes am Metzger Platz, und Monnet selbst wies oft auf dieses Bild hin.

Wie konnte er dann aber glauben, daß eine 'Oberbehörde' (so ist wohl die richtige deutsche Übersetzung) aus früheren Politikern und hohen Beamten, in der nur der Deutsche Franz Etzel ihm an politischem Gewicht zuhause vergleichbar war, sich über die nationalen Regierungen erheben könnte, von denen sie ihre Legitimation erhalten hatte? Die Antwort auf diese Frage kann man nur aus der damaligen Situation und Bewußtseinslage ablesen.

So kurz nach dem fürchterlichsten aller modernen Kriege, der die Landkarte Europas völlig neu gezeichnet hatte, schien den Staatsmännern beinahe alles möglich. Hatte nicht einer der größten Realisten, Winston Churchill, die Vereinigten Staaten von Europa ausgerufen und den Franzosen eine gemeinsame Staatsangehörigkeit angeboten? Das Bewußtsein der Völker, von tiefen Emotionen erschüttert, schien für eine neue Saat reif. Die Trümmer des Deutschen Reichs diesseits des Eisernen Vorhangs lagen dem französischen Nachbarn zu Füßen. Die Hohe Behörde war schließlich auch Nachfolger der Ruhrbehörde, und die drei Besatzungsmächte übten die Militärgewalt in der Bundesrepublik aus. Das Reich Karls des Großen wurde damals nicht ohne Grund auf beiden Ufern des Rheins beschworen, nicht nur weil es mit der Montanunion nahezu flächengleich war.

Der Gedanke, die Einigung Westeuropas dadurch zu bewirken, daß man die Bundesrepublik wirtschaftlich und militärisch auf Dauer mit Frankreich und den kleineren westrheinischen Nachbarn verband, erschien deshalb keineswegs unrealistisch. Daß Monnet - im Gegensatz zu de Gaulle - weitblickend und großmütig genug war, diese Verbindung nicht als Unterordnung unter den zentralistischen französischen Nationalstaat, sondern als eine Gemeinschaft besonderer Art unter gleichberechtigten Partnern zu sehen, konnte - auch wenn der eine deutlich primus inter pares war - den Brückenschlag ermöglichen. Niemand konnte jedenfalls damals erwarten, daß diese Entwicklung ausgerechnet durch eine französische Regierung und ein französisches Parlament unterbrochen werden würde, noch daß der Fortbestand der Pattsituation zwischen den Großmächten in West und Ost es dem starken Mann eines kleinen Landes erlauben würde,

den Rückweg in die nationalstaatliche Vergangenheit anzutreten, nur zu gerne gefolgt von den Kurzsichtigen unter seinen Nachbarn.

Damit komme ich aber schon auf Ihre Frage, warum Monnet eigentlich so bald aus Luxemburg weggegangen ist."

Dr. K.: "Das wäre eigentlich der nächste Punkt. Was hat ihn dazu bewogen, sich im November 1954 nicht mehr für eine weitere Amtsperiode als Präsident der Hohen Behörde zur Verfügung zu stellen?"

W. E.: "Ich meine, er fühlte (er war ganz sicher im Gespür allen anderen weit voraus), daß er seine Aufgabe bei der Hohen Behörde, soweit er sie führen konnte, erfüllt hatte. Ich könnte mir denken, daß er sich gesagt hat, das weitere ist Verwaltungskram, das können andere auch; aber wie soll ich weiterkommen? Er wollte weiterkommen; davon bin ich zutiefst überzeugt, daß er nicht einen Sektor, sondern daß er das Ganze wollte, und dazu brauchte er den politischen Unterbau: von der Hohen Behörde aus konnte er das nicht schaffen. Der Sektor Kohle und Stahl war nicht mehr modern genug. Er mußte also in neue Bereiche vorstoßen; wenn die Verteidigung auch nicht ging, war damals das wichtigste für ihn die Atomenergie. Wir würden heute an den Computer der 5. Generation denken, mit dem die Japaner hoffen, wirtschaftlich die Welt aus den Angeln zu heben. Er hatte also wohl zwei Vorstellungen: wir brauchen neue Ideen und wir brauchen einen politischen Unterbau. Und daher das Aktionskomitee und daher die Atomenergie als Feld einer weiteren Sektorintegration, ich weiß nicht mehr genau in welchem Augenblick, und ob die EVG da schon ganz ausgestanden war."

Dr. K.: "Die EVG war gescheitert."

W. E.: "...sie war gescheitert, aber es kamen daraus doch neue Denkanstöße, Diskussionen..."

Dr. K.: "Das war im Frühjahr 1955."

W. E.: "Diskussionen, besonders mit den Amerikanern, über die Atomstreitkräfte (U-Boote zum Beispiel) und über die Kommandogewalt, vor allem aber über die Abgrenzung des

militärischen vom zivilen Bereich und den Einbau Deutschlands in diese ganze Organisation. Da lagen doch wohl die Hauptprobleme in dieser Zwischenphase zwischen EVG und Euratom, wenn ich mich recht erinnere. Alles andere war mehr oder weniger Technik, Kostenanalyse und Energiepolitik, auch das schwierig genug und Gegenstand eines dicken Berichts der Reise der drei Atomweisen nach den Vereinigten Staaten, Canada und Großbritannien, an der ich als Begleiter von Etzel und Louis Armand teilgenommen habe. Monnet sah damals vor sich ganz neue Ziele, die er von der Hohen Behörde aus nicht fördern konnte, wie er wollte."

Dr. K.: "Glauben Sie, daß das Scheitern der EVG am 30. August 1954 maßgeblich zu diesem Entschluß beigetragen hat?"

W. E.: "Ich bin sicher, weil er eben sah, so geht es nicht. Natürlich war es eine große Überraschung nicht nur für die Beamten, wohl auch für die meisten Mitglieder der Hohen Behörde. Bei ihm war es aber sicher kein spontaner Entschluß; nach seiner Art muß er sich das Wann und Wie lange überlegt und im engsten Kreise seiner Vertrauten das Für und Wider abgewogen haben. Dann ging er, und zunächst schien alles verloren; danach kam Messina."

Dr. K.: "Welche Erinnerung haben Sie an diese Entstehungsphase der Messinakonferenz? Können Sie sich dazu an interne Diskussionen vor allem über das Euratomkonzept erinnern?"

W. E.: "Ich habe an Messina nicht teilgenommen. Ich habe das in der Zeitung gelesen. Danach habe ich mit vielen, darunter Teilnehmern an der Konferenz über das Communiqué gesprochen; man meinte meist, da stände alles und nichts drin, so etwa wie wir es später bei der viel beschworenen Europäischen Union erlebt haben, ein Feigenblatt. Es war in der Tat ein Wunder, daß aus Messina etwas geworden ist. Und dieses Wunder führe ich im wesentlichen auf zwei personelle Entschlüsse zurück, die Monnet - und im übrigen auch Etzel - entscheidend beeinflußt haben: Der eine betrifft die Beauftragung des großen Paul-Henri Spaak mit

der Leitung des Ausschusses, der die Konzepte der Verträge auszuarbeiten hatte; der andere (dem Anschein nach mehr technischer Natur, aber von eminenter Bedeutung) die Personenwahl von Pierre Uri, des engsten Beraters von Monnet, und von Hans von der Groeben für die Abfassung des sogenannten Spaak-Berichts, der die Ergebnisse des Spaak-Ausschusses zusammenfaßte, aber gleichzeitig die Grundlage für die eigentlichen Vertragsverhandlungen und für die Abfassung der Texte bildete, die uns als die Verträge von Rom vorliegen. Ich halte nicht nur das gewählte Verfahren, sondern vor allem die Personenwahl für einen einmaligen Glücksfall; niemals seitdem ist es wieder gelungen, in einem bedeutenden Vertragswerk einen so ausgewogenen Kompromiß zwischen den Interessen aller beteiligten Staaten und darüber hinaus eine fast unmerkliche Verschmelzung der geistigen Traditionen, die sich aus romantischem und germanischem Erbe in Frankreich und Deutschland, in Benelux und Italien gebildet hatten, zu erzielen. Ich habe diese Phase der Geschichte der europäischen Integration bewußt miterlebt und mein Scherflein zu ihrem Erfolg beitragen können, da mich die Hohe Behörde als Sekretär ihrer Delegation zu den Verhandlungen über das Konzept der künftigen Verträge in den Spaak-Ausschuß nach Brüssel entsandte."

Dr. K.: "Also bei dem sogenannten Regierungsausschuß?"

W. E.: "Ja; der tagte noch in der Rue Belliard, während die eigentlichen Regierungsverhandlungen in der darauf folgenden Phase im Val Duchesse stattfanden. In diesem Regierungsausschuß unter Leitung von Spaak waren neben den Delegationen der Sechs zwei weitere Delegationen mit Beobachterstatus zugelassen, nämlich die der britischen Regierung unter Bretherton und die der Hohen Behörde, meist unter Führung von Uri. Die bloße Beobachterfunktion der Hohen Behörde bei diesen Vorberatungen über die Weiterführung der europäischen Integration zeigt schon mit aller Deutlichkeit, daß die nationalen Regierungen das Heft in der Hand zu behalten gedachten und weit davon

entfernt waren, die neuen europäischen Institutionen nahtlos aus denen der Montanunion zu entwickeln; es ließ auch bereits ahnen, welche zusätzlichen Schwierigkeiten der europäischen Einigung aus der Proliferation von Behörden und sich teilweise überschneidender Instanzenzüge erwachsen mußten. Das Ende dieser Phase kam folgerichtig in einer Erklärung des Vorsitzenden Spaak, etwa in folgenden Worten: "Meine Herren, wir haben die Antwort der Regierung Ihrer britischen Majestät gehört; für sie kommt nur eine Freihandelszone, nicht aber eine Zollunion als Basis für die weiteren Verhandlungen in Frage. Wir danken deshalb den Vertretern Großbritanniens und der Hohen Behörde für ihre Teilnahme an den Sitzungen dieses Ausschusses." Wir waren also gleichzeitig mit den Engländern entlassen; und das war ein eigentümliches Gefühl für einen Vertreter der ersten europäischen Behörde."

Dr. K.: "Monnet hat des öfteren nachhaltig versucht, Großbritannien bei der Gründung der Montanunion zu beteiligen. In Messina scheiterte dieser Versuch zum zweiten Male. Wie können Sie sich das erklären? Ist die Bereitschaft Großbritanniens, sich an diesem Integrationsprozeß zu beteiligen, eine Fehleinschätzung Monnets gewesen?"

W. E.: "Ich teile dieses Urteil nicht; zum mindesten erscheint es mir zu wenig nuanciert und insoweit unhistorisch. Betrachtet man die jeweilige Situation während der Schuman-Plan-Verhandlungen einerseits, in der Phase nach Messina andererseits und - ich setze letztlich hinzu - unter de Gaulle, so gibt es zwar eine Konstante in der insularen Haltung großer Teile der britischen Bevölkerung, die von Politikern jeder Couleur ausgenutzt werden konnte - und das war Monnet natürlich bekannt; aber die spezifischen Gründe für das Zögern Großbritanniens, sich dem europäischen Integrationsprozeß anzuschließen, müssen wohl für die drei genannten Phasen in drei völlig verschiedenen Ursachen gesucht werden, in Stichworten: Kohle, Zollunion und Amerika.

Der Stellenwert der europäischen Kohle hat bekanntlich in

den letzten Jahrzehnten extrem geschwankt. Zur Zeit des Schuman-Plans war sie noch nicht das Sorgenkind, sondern 'schwarzes Gold', so begehrt, daß Frankreich sich noch im Übergangsabkommen zum Pariser Vertrag seine Vorrechte an der Saarkohle ausdrücklich sicherte. Kurz danach stürzte man sich auf die billige US-Kohle und schloß langfristige Charter-Verträge, die bald darauf schon wieder unter großen Verlusten aufgekündigt wurden, als die Halden höher und höher wuchsen. Was danach folgte: Ölschwemme, Ölkrisen, Ausbau der Kernenergie und Umweltschutz-Problematik, gehört nicht hierher. Zu Beginn der 50er Jahre war die englische Kohleproduktion, glaube ich, größer als die der Sechsergemeinschaft. Eine enge Zusammenarbeit mit der englischen Kohle (und dem Stahl) war selbstverständlich; denn für die Gemeinschaft war es ebenso schwierig, die Engländer draußen zu lassen, wie für diese, das Monnet'sche Konzept zu akzeptieren. So blieb es denn bei vertrauensvollen gegenseitigen Konsultationen; die britische Delegation unter Leitung von Sir Cecil Weir mit ihren Experten für Kohle (Derek Ezra, später und bis vor kurzem Präsident des Coal Board) und Stahl (Miss Ackroyd, die 'eiserne Lady') waren in Luxemburg von Anfang an dabei und gern gesehen. Zu Weihnachten 1953 (?) schloß Monnet das Assoziierungsabkommen, das die Konsultationen institutionalisierte, eine realistische, optimale Lösung, sicher kein échec für Monnet, sondern die erste Brücke über den Kanal. In weiser Voraussicht baute er in das Abkommen, neben die Ausschüsse für Kohle und für Stahl einen dritten ein, für Handelspolitik. Ich habe regelmäßig an den Sitzungen des Assoziierungsrats und der Ausschüsse teilgenommen; es bestand stets eine sachlich-konstruktive, freundschaftliche Atmosphäre.

Der zweite Versuch, England einzubeziehen, scheiterte nach Messina an der Zollunion. Heute weiß man, er kam zu früh. England fühlte sich dem Commonwealth noch eng verbunden, erinnerte sich der Kontinentalsperre Napoleons und setzte auf die Gegner des Plans in den eigenen Reihen der Sechs. Als der Vertrag dennoch zustande kam, ver-

suchte man, die Zollunion im Keine zu ersticken oder - mit den Worten Hallsteins - 'sie in der Großen Freihandelszone' aufzulösen wie ein Stück Zucker in der Tasse 'Tee'; dies der Sinn der Maudling-Verhandlungen in der OECE, an denen ich teilgenommen habe.

Auch dieser Kampf um Europa ist aus den historischen Gegebenheiten zu erklären. Ungeachtet aller Bemühungen der OECE und des GATT stand die Handelspolitik der europäischen Staaten noch in einer Übergangsphase: der Bilateralismus war noch nicht überwunden, seine klassischen Instrumente wie Einfuhrzölle und Einfuhrkontingente (quantitative restrictions) hatten noch erhebliches Gewicht. Man konnte damals nicht voraussehen, daß ein in der Tradition Colberts stehendes Frankreich und ein hochprotektionistisches Italien nach Gründung der EWG - wenn man von der Landwirtschaft absieht - auf den in anderen Mitgliedstaaten gepredigten Kurs der weltweiten Liberalisierung einschwenken würden. Auch war nicht erkennbar, daß die kontinentale Zollunion lange vor der gesetzten Frist gelingen und einen Gemeinsamen Markt eröffnen würde, dessen Bedeutung für Großbritannien bald die seiner althergebrachten Absatzlinien weit überstieg. Es entsprach deshalb nur dem Geist der Zeit, daß Großbritannien, vor die Wahl zwischen Commonwealth-Präferenzen und Einschluß in den kontinentalen Wirtschaftsraum gestellt, sich Europa versagte; wie es ebenso auch der natürlichen Logik entsprach, daß der Kontinent es ablehnte, den Engländern den Eintritt in seinen Klub zu gestatten, solange sie nur die Vorteile des Freiverkehrs genießen, aber die Beiträge nicht bezahlen wollten.

Monnet ist in diesem Zusammenhang wohl kaum eine Fehleinschätzung der Engländer anzulasten. Er teilte vermutlich die englischen Zweifel an der Machbarkeit der Zollunion; deshalb verhielt er sich dem EWG-Vertrag gegenüber weitgehend indifferent. Der englische Beitrag zu Euratom wäre ihm hingegen wohl willkommen gewesen, war aber isoliert nicht durchführbar. Die Zumutung an England schließlich, sich Europa zuzuwenden, dafür aber seine besonderen Bindungen an Amerika zu lösen, die de Gaulle später als unüberwindliche Barriere gegen den Beitritt Englands auf-

baute, hat meiner Kenntnis nach weder beim Schuman-Plan noch bei den Messina-Verhandlungen eine Rolle gespielt."

Dr. K.: "Auch sicherlich nicht bei Monnet."

W. E.: "Sicher nicht bei Monnet, aber bei anderen wie Erhard schon gar nicht; denn er war im Grunde kein Anhänger der Monnet'schen Konstruktion; er wollte eher das andere Extrem, die Auflösung dieses europäischen Blocks in einer 'atlantischen Gemeinschaft', was immer dies auch bedeuten sollte. Nein, es gab damals überhaupt noch nicht die Vorstellungswelt, in der de Gaulle lebte und es würde in die Irre führen, diese spätere (meiner Meinung nach tragische) Entwicklung in die Zeit Monnets zurückzuerlegen. Ich glaube vielmehr, ihm schwebte auf lange Sicht stets eine europäische Gemeinschaft unter Einschluß der britischen Inseln vor, aber keinesfalls im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten. Er brauchte und suchte die Unterstützung der Amerikaner für seine Pläne (einschließlich der Vorbereitung von Euratom), und sie haben sie ihm bereitwillig gewährt."

Dr. K.: "Haben sie diese auch direkt beeinflußt?"

W. E.: "Ja, natürlich. Die Amerikaner machten amerikanische Politik so wie Monnet europäische. Aber es bestand ein ganz intimer und enger Kontakt auf höchster Ebene. Nach dem frühen Tode von Tomlinson entsandten die Amerikaner einen ihrer bedeutenden Botschafter, Walt Butterworth, als ersten offiziellen Vertreter nach Luxemburg. Aber Monnet hatte aus früheren Jahren auch den direkten Draht nach Washington. Bald nach Eröffnung der Hohen Behörde besuchte ihn John Foster Dulles in der Hohen Behörde und begrüßte ihn als alten Freund, und Monnet residierte seinerseits mit seinen Kollegen bei seinem ersten Besuch beim amerikanischen Präsidenten im Blair House wie ein Staatschef. Auch mit George Ball unterhielt die Hohe Behörde enge Beziehungen noch Jahre nach seinem Ausscheiden als Secretary of State, und wenn man bedenkt, daß die Reihe der amerikanischen Botschafter bei den Europäischen Gemeinschaften, die aus diesem Kreise stammten - ich

nenne nur Namen wie Robert Schaezel oder Dean Hinton - sich bis in die jüngste Vergangenheit fortsetzte, so zeugt das doch von beachtlicher Kontinuität. Oder meinen Sie, daß es zu weit ginge, hieraus Schlüsse zu ziehen?"

Dr. K.: "Nein, es ist einfach nur interessant, diese Entwicklungslinie, die Verbindungslinie darzustellen, um zu sehen, wieweit damals der amerikanische Einfluß über Monnet auf die Politik der Hohen Behörde reichte, inwieweit man auch versuchte, Kongruenz nicht nur unter den europäischen Interessen, sondern auch in Harmonisierung mit den Amerikanern zu erreichen."

W. E.: "Natürlich war es im Anfang sehr viel leichter, diese Kongruenz zu erzielen. Die EGKS führte sehr viel Kohle ein aus den Vereinigten Staaten und war mit der amerikanischen Stahlindustrie noch nicht verfeindet, sondern lud ihre höchsten Spitzen zu freundschaftlichen Gesprächen nach Luxemburg. Es gab auch keine anderen tiefgreifenden Probleme mit den Vereinigten Staaten wie später zur Zeit der EWG. Die Montanunion hatte keine Agrarpolitik, führte keine Hähnchen- und Spaghettikriege, verfolgte keine Präferenzpolitik und störte weder die amerikanische Landwirtschaft noch die Industrie auf ihren Absatzmärkten. Auch der große Schlagabtausch der Kennedy-Runde um Zölle und andere Handelshindernisse war noch in weiter Ferne. Vor allem aber, so scheint mir, stand die Stärkung der europäischen Einigungsbewegung zu Zeiten Monnets obenan unter den Prioritäten der amerikanischen Weltpolitik, während sich später das Hauptgewicht in andere Richtungen verlagerte."

Dr. K.: "Sie wissen, daß gerade in deutschen Kreisen Monnet vorgehalten worden ist - ich will damit noch einmal auf die Sektorintegration zu sprechen kommen -, man hätte 1950 den falschen Weg eingeschlagen, indem zunächst die Bereiche Kohle und Stahl und Schrott zusammengeführt wurden. Man hätte vielleicht besser daran getan, eine gesamtwirtschaftliche Integration, so wie sie mit den EWG-Verträgen begonnen wurde, von vornherein anzustreben. Wie ist Ihre Meinung dazu?"

W. E.: "Ja, das ist eine deutsche Schau. Ich glaube nicht, daß sie auch für Europa gilt. Ich sagte schon, daß ich selbst den Erfolg von Messina für das Ergebnis einer Sternstunde halte, die vorher nicht möglich war und seitdem auch nicht wiedergekommen ist. Naturgemäß hängt alles davon ab, was man unter 'gesamtwirtschaftlicher Integration' versteht. Meint man damit nur den wirtschaftlichen Wiederaufbau und in seiner Folge - die Abschaffung der Devisenbewirtschaftung und die Beseitigung der mit ihr verbundenen Einfuhr- und Reisekontrollen, so war das nicht nur machbar, sondern durch das Wirken der OECE, gestützt auf den von ihr gesteuerten Marshall-Plan und die verschiedenen in ihrem Rahmen geschlossenen inter-europäischen Währungsabkommen, bereits weitgehend verwirklicht. Die mehrfachen Versuche, darüber hinauszukommen, waren aber immer wieder gescheitert; weder war es gelungen, die Beneluxunion zu einer kontinentalen Zollunion zu erweitern, noch schien es möglich, in der Beseitigung der mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen gewisse Grenzen zu überschreiten. Niemals aber wagte man, auch nur als Fernziel die Errichtung eines dauerhaften Gemeinsamen Marktes ins Auge zu fassen, der nach schrittweiser Anpassung der Wettbewerbsbedingungen und einer maßvollen Vereinheitlichung der wichtigsten Elemente der nationalen Wirtschaftspolitik in allen ihren Teilen die Grundlage für einen europäischen Währungsverbund und für eine gemeinsame Außenwirtschaftspolitik und ein einheitliches Auftreten Europas in der Welt hätten legen können. Diese Möglichkeiten wurden konkret überhaupt erst in der Sternstunde von Messina erahnt, einen umfassenden Kompromiß zwischen den Interessen aller zu konzipieren, der sich auf den freien Verkehr für Waren, Dienstleistungen, Kapital und so weiter stützte und folgerichtig Landwirtschaft und Verkehr, Industrie- und Sozialpolitik, Energie- und Rohstoffpolitik, Steuer- und Konjunkturpolitik, und so weiter einschloß. Das ist uns allen zwar bekannt; aber allzuoft wird vergessen, daß ein solches Arbeitsprogramm für Generationen - im Unterschied zu einer leichtgewichtigen Freihandelszone - einen institutionellen Rahmen voraussetzt, der

niemals ohne die Erfahrungen der Sektorintegration, die mir immer mehr als eine genial konstruierte Probebühne erscheint, hätte aus dem Boden gestampft werden können. Zusammengefaßt: Der 9. Mai 1950 führte zu dem historischen Ergebnis der Sektorintegration; die Konferenz von Messina zur historischen Idee der gesamtwirtschaftlichen Integration, die, wenn sie auch nicht in der Vorstellungswelt von Monnet begründet war, doch in ihrem institutionellen Aufbau in sich ausreichend Monnet'sche Elemente aufgenommen hat, um sie funktionsfähig zu machen. Die Praxis der Kommission ist ohne die aus der Hohen Behörde hinübergerettete Tradition, aber auch ohne die aus ihren Fehlern gezogenen Lehren, gar nicht zu begreifen. Meines Erachtens hätte man den zweiten Schritt niemals ohne den ersten machen können."

Dr. K.: "Im Umkehrschluß, was haben die anderen Nationen von Monnet, von seiner Arbeit, von seinen Ideen, was haben sie gelernt, wo ist man zu neuen Einsichten gekommen?" -

W. E.: "Über diese Frage müßte man eigentlich ein Buch schreiben. Monnet hat in Europa eine epochale Entwicklung ausgelöst; aber es hat auch Rückschläge gegeben und lange Jahre der Stagnation. Dennoch ist die Bewegung nie ganz zum Stillstand gekommen; nur ist ein abschließendes Urteil heute noch keinem möglich. Immer wieder muß der Fluß sich an anderer Stelle ein neues Bett graben, in vieler Hinsicht wird das ein anderer Fluß sein, auch wenn er weiter den Namen der Europäischen Gemeinschaft trägt.

Um konkret Ihre Frage zu beantworten, greife ich - etwas wahllos - einige wichtige Punkte heraus:

1. Die Gemeinschaft setzt durch ihre Institutionen Gemeinschaftsrecht, das alle Regierungen, aber auch direkt die Bürger aller Mitgliedstaaten bindet und nationales Recht 'bricht', ein juristisches Novum. Man hat zwar den Entscheidungsmechanismus bereits in den Römischen Verträgen geschwächt und danach sogar rechtswidrig teilweise außer

Kraft gesetzt. Der Triumph partikularer Eigensucht über das Gemeinwohl, der bekanntlich unter dem beschönigenden Namen 'Luxemburger Kompromiß' läuft und der sich besonders in der hemmungslosen Diskutierfreudigkeit der Fachausschüsse verheerend ausgewirkt hat, kann allerdings wirklich nicht dem Gedankengut Monnets zugerechnet werden; aber innerhalb der Kommission und auf einigen wichtigen Sondergebieten funktioniert der Monnet'sche Mechanismus noch, und im übrigen ist das letzte Wort auch hier noch nicht gesprochen.

2. Im Gegensatz zu den üblichen internationalen (intergouvernementalen) Organisationen kennt die Gemeinschaft Materien, die ihren Institutionen endgültig abgetreten sind (zum Beispiel Zölle, Getreidepreise, Wettbewerbsregeln, gewisse handelspolitische Schutzmaßnahmen), der schon lange Katalog dieser Materien wird ständig erweitert, zum Beispiel auf dem Gebiete des Steuerrechts, der Vereinheitlichung von Normen, des Umweltschutzes, und so weiter. Die Mitgliedstaaten können einzeln hiervon nicht mehr abweichen; sie versuchen es bekanntlich immer wieder; aber bisher ist es ihnen nicht gelungen, das Rad zurückzudrehen. Das europäische Recht setzt sich mit Hilfe des Europäischen Gerichtshofes durch.

3. Es gilt die allgemeine Regel, daß die Gemeinschaft, soweit ihre innere Zuständigkeit reicht, auch nach außen das Monopol des Handelns und Verhandelns (mit anderen Staaten) besitzt; im Völkerrecht ist heute ihr passives und aktives Legationsrecht anerkannt. Daraus hat sich - weit über das eigentliche Wirkungsfeld der EG hinaus - eine weitgehende europäische Kooperation auf fast allen Gebieten der Außenbeziehungen entwickelt, die leider noch nicht im Gemeinschaftsrahmen institutionalisiert ist. Besonders vor Ort gibt es aber faktisch eine regelmäßige, enge Verbindung zwischen den Botschaftern der Mitgliedstaaten und dem Vertreter der EG, die häufig gemeinsam vorgehen.

4. Trotz aller Klagen über eine lustlos gewordene europäische Bürokratie - wen soll das wundern bei einem

Ministerrat, der nicht entscheiden kann? - haben sich die Beziehungen zwischen den Regierungsbeamten aller Bereiche derart intensiviert, daß man von einem qualitativen Sprung sprechen muß. Der persönliche, unmittelbare Kontakt - ohne den Umweg über die diplomatischen Kanäle - ist heute die Regel und nicht mehr die Ausnahme wie vor Monnet."

Dr. K.: "Gewiß, die Frage ist nur gewesen, inwieweit bei der Wahl zwischen zwei Übeln man sich für das kleinere Übel entschieden hat, das heißt für diesen Luxemburger Kompromiß."

W. E.: "Ich will Ihnen dazu noch eine Anekdote erzählen, die mir nicht ganz unwichtig ist. Das Mehrheitsprinzip spielte besonders für die gemeinsame Handelspolitik, für die ich in der Kommission zuständig war, vom Beginn der 2. Stufe ab nach Art. 113 EWG-Vertrag eine ausschlaggebende Rolle. Wir hatten bereits vorher, auf der Grundlage von Art. 111, mit den Mitgliedstaaten eine umfangreiche Bestandsaufnahme der anstehenden Probleme gemacht und konnten gemeinschaftliche Zollverhandlungen, zum Beispiel in der Dillon-Runde, auch schon vorher führen. Es lag aber sehr viel mehr auf dem Tisch, unter anderem die gemeinsamen Liberalisierungslisten gegenüber dritten Ländern, gemeinschaftliche handelspolitische Schutzmaßnahmen und Ausfuhrhilfen, und vor allem die Verhandlung gemeinsamer Handelsverträge, zum Beispiel mit Japan oder den Ländern des Ostblocks.

Nur war uns bekannt, daß die neue französische Regierung unter de Gaulle mit dem Gedanken umging, Mehrheitsentscheidungen abzulehnen; mit welcher Begründung, in welcher Form und bei welcher Gelegenheit, wußte ich nicht, aber es konnte jeden Augenblick knallen. Ich leitete damals die kleine Delegation der Kommission im zuständigen Ausschuß des Ministerrats, als die französische Delegation es formell ablehnte, den Ministerrat über einen konkreten Vorschlag mit qualifizierter Mehrheit entscheiden zu lassen. Ich wartete den Augenblick ab, in dem völlig

klar war, daß es nicht um die Zuständigkeit der Kommission ging, diesen Vorschlag zu unterbreiten, sondern um die Kompetenz des Ministerrats, sich über das Veto einer Delegation hinwegzusetzen. Danach habe ich mich zu Wort gemeldet und etwa gesagt, dies sei vertragswidrig und die Kommission als Hüterin des Vertrages könne hieran in keinem Falle mitwirken. Da ich zu meinem tiefen Bedauern begreifen mußte, daß dies die offizielle französische Haltung sei, hätte ich als Vertreter der Kommission in diesem Ausschuß nichts mehr zu suchen und würde den Saal mit meiner Delegation sofort verlassen.—Ich rechne es noch heute meinen damaligen Kollegen hoch an, daß sie alle mit mir aufstanden und herausgingen.

Ich habe damals mit meinen schwachen Kräften versucht, den Vertragsbruch im Keime zu ersticken und habe dem Präsidenten meinen Bericht unterbreitet, in der naiven Hoffnung, die Kommission werde vielleicht die Konsequenzen ziehen und auf diesem für sie relativ günstigen Terrain die Entscheidung suchen, die sowieso fällig war. Das hat natürlich nicht geklappt. Hallstein hat die Sache hingezogen, er hat mich auch nicht zur Rücksprache zitiert; er hat ja immer alles auf Distanz behandelt, verständlicherweise. Ich erzähle diese Anekdote auch nur, um zu zeigen, daß wir Beamten damals durchaus begriffen, wie hoch der Einsatz in dieser Auseinandersetzung des Monnet'schen Europa mit dem französischen General war. Ich frage mich allerdings auch heute noch, ob Frankreich wirklich die Agrarpolitik, die Hilfe für sein früheres Kolonialreich und alle anderen Vorteile aus den Verträgen auf's Spiel gesetzt hätte, wenn die Kommission, unterstützt von einigen Regierungen, damals den Handschuh aufgenommen und mit dem General in seiner eigenen Sprache gesprochen hätte. Vielleicht hätte doch ein tragfähigerer Kompromiß dabei herauskommen können als die Kapitulation von Luxemburg."

Dr. K.: "Das sind wirklich interessante Aspekte."

W. E.: "Ich wollte Ihnen noch ein Letztes sagen. Viele

fragen, wie ist das mit diesem heute obsoleten Atomvertrag. Monnet hat die EWG nicht gewollt, aber den Atomvertrag als zweite Sektorintegration. Ich weiß das mit Bestimmtheit, unter anderem aus einem damaligen Gespräch mit Spierenburg. Monnet sah in der Kernenergie den entscheidenden Wirtschaftsfaktor der Zukunft und meinte, daß man eben die Atomgemeinschaft machen müßte, auch dank der gegenüber dem EWG-Vertrag verstärkten supranationalen Elemente des Atomvertrags, um die gemeinsame Energiepolitik auf Kohle und Kernenergie aufzubauen und mit Europa weiterzukommen. Die EWG hat er einfach nicht für wichtig genommen."

Dr. K.: "Aus welchen Gründen hat er sie nicht für wichtig genommen?"

W. E.: "Aus den Gründen, die ich vorher versuchte aus seiner gesamten Gedankenwelt, der französischen Gedankenwelt, zu erklären. Die Franzosen hatten keinen Zollverein, hatten keinen Freihandel, keine soziale Marktwirtschaft; die Franzosen hatten andere Traditionen als wir, hatten keine Vorstellungen dieser Art."

Dr. K.: "Oder glaubte er nicht daran, daß ein Gemeinsamer Markt Realität werden konnte nach den Schwierigkeiten, die man schon bei Kohle und Stahl hatte?"

W. E.: "Das spielte wohl auch eine Rolle, und damit hatte er natürlich auch Recht. Die Auswüchse der Agrarpolitik waren zwar damals noch nicht erfunden (sie sind erst die Folgen der unseligen Allianz zwischen dem von Mansholt und den Franzosen verfochtenen Marktordnungen und dem hohen deutschen Preisniveau, im Vertrag steht davon rein gar nichts), aber nehmen wir doch das Beispiel der Abschaffung der mengenmäßigen Einfuhr-Kontingente im Inneren des Gemeinsamen Marktes. Die Zölle ließen sich da relativ leicht beseitigen, aber über die Abschaffung der Kontingente gibt es im EWG-Vertrag ein ganzes Kapitel mit komplizierten, zum Teil neuartigen Vorschriften. Als mein damaliger Kollege Ortoli über dessen Durchführung mit den Mitgliedstaaten verhandelte - in meinem Beisein,

weil mich die Außenseite derselben Sache anging - ergaben sich Schwierigkeiten über Schwierigkeiten; man kann sagen, es sah hoffnungslos aus. Wenige Monate danach kam die freie Konvertibilität der Währungen aller Mitgliedstaaten im IMF, und zum größten Teil löste sich das Problem von selbst. Das war natürlich eine Folge der anhaltenden guten Konjunktur. Schwierigkeiten lassen sich bei der europäischen Integration niemals vermeiden; aber wenn unsere Staatsmänner nur manchmal etwas mehr Mut zum Risiko und Vertrauen in die Zukunft hätten, um sie - ich denke besonders an die Währungsunion und die Steuerpolitik - im richtigen Augenblick anzupacken! Aber den Vorwurf, er habe die Schwierigkeiten gescheut, kann man Monnet nicht machen. Ich glaube vielmehr, er hat die Bedeutung des Zollvereins und des Gemeinsamen Marktes für die europäische Einigung unterschätzt; sonst hätte er nicht versucht, die Deutschen von diesem vermeintlichen Irrweg abzubringen und dafür Euratom zu retten."

Dr. K.: "Gerne möchte ich Ihnen noch Gelegenheit geben, über weitere Erinnerungen an Monnet zu berichten."

W. E.: "Ich sagte eingangs, Monnet habe mein Leben entscheidend beeinflusst. Ich verehere ihn hoch, auch wenn ich aus meiner deutschen Entwicklung heraus manche seiner Gedanken nicht verstanden oder nicht geteilt habe. Im nachhinein ist es immer billig, Kritik zu üben; ich habe deshalb besonderen Wert in diesem Interview darauf gelegt, Monnet, sein Werk und dessen Folgen aus der jeweiligen Situation der Zeit, so wie ich sie erlebt habe, zu erklären. Monnet hat mich veranlaßt, von 1952 bis heute meine gesamte Arbeitskraft in den Dienst der Idee der europäischen Einigung gleichberechtigter Nationen zu stellen."

Ich sehe in ihm den geistigen Vater des Schuman-Plans und den 'inspirateur' der Europäischen Gemeinschaften. Als ich im Jahre 1974 von der Kommission dazu bestimmt wurde, die Leitung der neu errichteten 'Botschaft' (offiziell noch 'Delegation') der Europäischen Gemeinschaften in Japan zu übernehmen, habe ich den 9. Mai, den Tag der

Schuman-Erklärung vom 9.5.1950, zum offiziellen Europa-feiertag im Protokoll des japanischen Außenministeriums erklärt und an diesem Tag den großen Empfang für das diplomatische Korps und die japanische Regierung und Wirtschaft gegeben, wie die Botschafter es an ihren Nationalfeiertagen tun, zu denen der Vertreter der EG eingeladen wurde.

Aus welcher Überzeugung heraus ich diese persönlichen Erlebnisse hier zu Protokoll gegeben habe, und zwar nur aus meiner - vielleicht fehlerhaften - Erinnerung und ohne stützende Lektüre oder Quellenstudien, brauche ich wohl nicht mehr auszuführen."

Dr. K.: "Dann darf ich Ihnen, auch im Namen der Fondation Jean Monnet, recht herzlichen Dank sagen für dieses Gespräch."

-

-